



The democratic... future of the "Landsgemeinde".

Politische Leistungen werden selten verdankt, noch weniger, wenn sie Ausdruck einer Parlamentsentscheidung sind. Was aber der Grosse Rat des Kantons Bern am 25. April vollbracht hat, verdient besondere Erwähnung, denn es war von nicht zu unterschätzender nationaler Bedeutung. Mit 141 gegen 33 Stimmen haben sich die Berner Grossräte überraschend deutlich für die Einführung von Französisch ab der dritten Primarklasse ausgesprochen. Damit ist ein Zeichen gesetzt worden, das die sprachpolitische Diskussion in der Schweiz für die nächsten Jahre entscheidend mitprägen wird. Um die Tragweite des Entscheids abschätzen zu können, muss man sich vorstellen, was eine Bevorzugung des Englischen seitens des grössten Grenzkantons bedeutet hätte: Schweizweit wären sämtliche Argumente zugunsten der Priorisierung einer Nationalsprache in der Primarschule vom Tisch gewesen, und nichts mehr hätte dem „Englisch a tout prix“ zürcher Prägung entgegengesetzt werden können. Auch die Romandie wäre von der Bevorzugung des Deutschunterrichts volens nolens abgerückt. Nun sind die Karten aber neu gemischt und die Fronten konstituieren sich jenseits des Röstigrabens, was durchaus positiv zu werten ist, obzwar sich die Auseinandersetzung verhärtet dürfte, allerdings nicht auf der Höhe des Röstigrabens, sondern östlicher, zwischen der einstigen burgundischen Westschweiz und der alemannisch-schwäbischen Ostschweiz, wie scharfsinnig von Ch. Büchi in der NZZ vom 29.4.05 hervorgehoben. Aber die Konfrontation ist nicht einfach geografisch, sie ist wesentlich politisch und kulturell bedingt. Der bernische Grosse Rat hat begriffen, dass die

L'opinione di...

Gianni Ghisla

Bern: Danke, grazie, merci, grazia fitg!

aktuelle Diskussion um die Sprachen im Grunde nicht eine pädagogische ist, wie gewisse Lehrerkreise in manchen deutschschweizer Kantonen weismachen wollen, sondern eine staatspolitische und eine kulturelle. Es geht um ein Modell der zukünftigen Schweiz, das die sprachliche und kulturelle Vielfalt einer Perspektive vorzieht, die auf rein ökonomisch-technischer Rationalität sowie auf der einseitigen Dominanz des Markts aufbaut. Damit scheint auch ein wohlthuendes Gegengewicht geschaffen zu werden zu besorgniserregenden Zeichen der Bildungsfeindlichkeit, wie sie zur Zeit in der deutschen Schweiz deutlich zu beobachten sind. Zur Speerspitze solcher Tendenzen, welche unmissverständlich kulturkämpferische Töne anschlagen, gehören die Äusserungen von Carlo Schmid, der seines Zeichens nicht nur Appenzeller Regierungsrat, sondern auch Ständerat und Mitglied der EDK, also der wichtigsten nationalen Bildungsinstanz ist. Besagter Carlo Schmid hat, nicht in einer Lokalgazette, sondern in der NZZ am Sonntag (27.3.05), Aussagen gemacht, die man in einem Land mit einer demokratischen Verfassung, die allen BürgerInnen gleiche Rechte und Pflichten seit mehr als 150 Jahren zubilligt, nicht mehr für möglich gehalten hätte. Generell gegen höhere Bildung und Akademiker (als *abnormale* Leute eingestuft) wetternd, hat der Appenzeller „Bildungsminister“ von folgendem Erlebnis berichtet: „In der Kirche habe ich gesehen, wie ein junges Mädchen in ein Exvoto-Buch geschrieben hat: ‚Lieber Gott, mach, dass ich in die Sekundarschule komme.‘“ Laut Carlo Schmid kann die Bitte eines Mädchens in Appenzell nur noch als Ausdruck eines durch die angeblich in der Schweiz grassierende „Bildungstreiberei“ verursachten Panikzustandes interpretiert werden, nicht aber als legitimer Wunsch, eine anständige Bildung erreichen zu können. Man stelle sich vor, das Mädchen hätte den Wunsch gehabt, ins Gymnasium kommen zu wollen... Man kann nun solche Äusserungen als das Resultat eines unter Geltungsdrang leidenden Lokalpolitikern abfertigen und zur Tagesordnung übergehen. Ich meine, das Problem liegt auch nicht so sehr in den Äusserungen des Carlo Schmid an sich, sondern im Umstand, dass sie heute salonfähig sind und durchaus guten Nährboden finden. Insofern ist es leider nicht überraschend, wenn eine Woche später in der NZZ am Sonntag wohl zustimmende, aber keine kritischen Leserbriefe zu finden waren. Die heutige kulturelle und politische Landschaft ermöglicht es offensichtlich auch, den numerus clausus für die Maturität einzuführen, wie bereits in zwei Kantonen geschehen, oder eben Initiativen gegen zwei Fremdsprachen in der Primarschule zu lancieren. Dies sind also nur einige Beispiele für eine langsam fussfassende kultur- und bildungsfeindliche Stimmung, die uns besorgen und nicht untätig lassen sollte.